



Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 29. November bis 05. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 29. November bis 05. Dezember 2021.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

CORONA

Neben dem in verschiedenen Formen (vgl. hierzu im Folgenden unter „ZU GAST ... sowie BERICHTE) thematisierten Koalitionsvertrag konzentrierte sich die Bundespolitik erneut auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wies am 30.11. Beschwerden gegen die Kontakt- sowie Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen während der sogenannten Bundesnotbremse ab. Die Maßnahmen hätten zwar in erheblicher Weise in Grundrechte eingegriffen, seien aber "in der äußersten Gefahrenlage der Pandemie" mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen. Erstmals hat das oberste Gericht damit zudem ein Grundrecht von Kindern auf schulische Bildung festgestellt. Mit dieser Entscheidung des BVerfG im Rücken, wenngleich schon zuvor auf den Weg gebracht, einigten sich die Ministerpräsident*innen, die geschäftsführende Bundeskanzlerin Angela Merkel und der designierte Kanzler Olaf Scholz am 2.12. auf weitergehende Maßnahmen, die in einem Akt der Solidarität die Infektionszahlen drücken und das Gesundheitssystem entlasten sollen. Die Maßnahmen beinhalten etwa Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, eine einrichtungsbezogene Impfpflicht, Beschränkungen der Besucherzahl bei Großveranstaltungen und Maskenpflicht in Schulen. Zur Umsetzung einiger dieser Maßnahmen, wie etwa die einrichtungsbezogene Impfpflicht, werden erneut Gesetzesänderungen erforderlich. Letzteres sollen bereits in dieser Woche auf den Weg gebracht werden.

Ich begrüße sowohl die nun kurzfristig kommende **einrichtungsbezogene Impfpflicht** als zudem auch die weitergehende Maßnahme einer **allgemeinen Impfpflicht**, die voraussichtlich koalitionsübergreifend im Frühjahr eingeführt wird. Nach der bereits vor einigen Wochen meinerseits befürworteten einrichtungs- bzw. tätigkeitsbezogenen Impfpflichten - halte ich mit Blick auf die sich verschärfende Situation und auch Erklärungen aus dem Ethikrat - eine allgemeine Impfpflicht für inzwischen geboten. Mit einer allgemeinen, sanktionsbewehrten Impfpflicht können fortlaufend anzupassende Abgrenzungsfragen, wie diese bei rein tätigkeits- oder einrichtungsbezogenen Impfpflichten aufkommen und hiermit verbundener Zeitverzug vermieden werden.

Parallel gilt es, leicht zugängliche Impfangebote beschleunigt und drastisch auszuweiten sowie dies auch breit angelegt zu kommunizieren. Alle Fernseh- und Radiosender sollten kontinuierliche Impfaufrufe senden und auch Informationen über die Situation auf den Intensivstationen ausweiten.

ZU GAST

... am 29.11. zu einem digitalen **Parlamentarischen Infoabend des Übertragungsnetzbetreibers TenneT zum Ausbau Netzes von Krümmel nach Walle**. TenneT trat damit in die Kommunikation auch mit weiteren zu beteiligenden

Ebenen ein.

... auf einem digitalen **Podium der Jahrestagung des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., VIK**, am 30.11. zu „aktuellen technologische Entwicklungen und Technologiesprüngen“. Weitere Teilnehmer*innen waren Corinna Enders (Geschäftsführerin, Zukunft - Umwelt - Gesellschaft (ZUG) gGmbH), Prof. Dr. Dominik Möst (TU Dresden), Dr. Uwe Lauber (Vorsitzender des Vorstands MAN Energy Solutions SE), Andreas Kuhlmann (Vorsitzender der Geschäftsführung, dena GmbH). Insbesondere die Bedeutung von Wasserstoff und eines zu beschleunigenden Ausbaus Erneuerbarer Energien wurden hier diskutiert.

... beim **Energiepolitischen Fachbeirat der SPD-Landtagsfraktion** nahm ich am 30.11. teil für eine energiepolitische Einordnung der Aussagen des Ampel-Koalitionsvertrages. Ich betonte die Bedeutung der nun schnell zu ergreifenden Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien und zur Beseitigung von Genehmigungshemmnissen.

... beim **Wirtschaftsbeirat des Kreises Herzogtum Lauenburg** am 1.12. Der Beirat hatte sich coronabedingt kurzfristig von dem Versammlungsort Lauenburg auf den digitalen Austausch verlegt. In meinem **Grußwort** ging ich in Anknüpfung an das angesetzte Schwerpunktthema „Verkehrsinfrastruktur“ unter anderem sowohl auf den Elbe-Lübeck-Kanal, ELK, als auch den Bahnhof Büchen ein. In Bezugnahme auf eine dahingehend geänderte Gesetzeslage, die eine Bundeszuständigkeit für Wasserwege auch bei verminderten Gütertransporten vorsieht, warb ich dafür, den touristischen Wert der Region zu stärken, wozu auch der Erhalt des Kanals zähle. Auch im Zuge der Mobilitätswende, die auch kleinere Schiffe mit alternativen Antriebstechnologien umfasse, gelte es, die Nutzungsoptionen des Kanals neu zu bewerten.

... beim **Podcast #UpdateKlimaEnergie** am 1.12. Hier sprach Stefan Gsänger, Bonn, mit mir über die klimapolitischen Aussagen des Koalitionsvertrages. Der Beitrag wird hier veröffentlicht werden: <https://bit.ly/3I9Eldw>.

BERICHTE

In Vorbereitung auf den außerordentlichen Parteitag zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag hatte ich für den 29.11. zu einem **mitgliederinternen Austausch** eingeladen.

Am 30.11. hatte ich zum nunmehr bereits **30. Austausch der UnterzeichnerInnen des „Sozialdemokratischen Energiewende-Appell“**, www.energiewende-Appell.de, eingeladen. Mit 50 Teilnehmenden werteten wir die energiepolitischen Aussagen des Ampel-Koalitionsvertrages aus. Neben überwiegend positiven Einschätzungen wurden auch Herausforderungen benannt, etwa in Bezug auf Beihilfefragen und deren Auswirkungen auf die Fortgeltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Als Gast

war **Susanne Jung**, Geschäftsführerin des Solarenergie Fördervereins Deutschland, dabei.

Der Sozialdemokratische Energiewende-Appell wird inzwischen von rund 1700 Unterzeichnenden getragen.

Außerdem freue ich mich über zwei **Förderungen in meinem Wahlkreis**:

Im Kreis Herzogtum Lauenburg erhalten elf Museen gemeinsam eine Bundesförderung in Höhe von 11.769,30 Euro. Das Zugpferdemuseum in Lüttau hatte Mittel im Rahmen des Soforthilfeprogramms landwirtschaftlicher Museen für eine Reihe von Filmen über die Ausstellungshäuser im Kreis beantragt. Die Museen im Kreis werden somit auch auf Social Media für ein breites Publikum sichtbar, während sie sonst der breiten Bevölkerung eher unbekannt sind.

Zur Pressemitteilung: <https://bit.ly/31rqNhY>

Die **zweite Förderung** beträgt 965.000 Euro für die Entwicklung der Lauenburger Innenstadt. Innenstädte unterliegen schon länger einem Strukturwandel, der durch die Corona-Pandemie beschleunigt wurde. Digitalisierung, der Onlinehandel und die Verdrängung sozialer Einrichtungen und Wohnungen machen den Stadtzentren zu schaffen. Um den Innenstädten den Neustart aus der Corona-Pandemie zu erleichtern, hat der Bund das Förderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" mit insgesamt 250 Millionen Euro ausgestattet.

Zur Pressemitteilung: <https://bit.ly/31igjCb>

DELEGIERTENVORBESPRECHUNG DER ASF



Im Rahmen der Delegiertenvorbesprechung der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) am Abend des 3. Dezember wurden Aussagen des Koalitionsvertrages aus frauenpolitischer Perspektive diskutiert. Hier ging ich u.a. auf die Aussagen zum Whistleblowerschutz ein, für die ich mich eingesetzt hatte und die ich auch aus der Perspektive von Frauen für besonders wertvoll halte.

AUSSERORDENTLICHEN SPD-BUNDESPARTEITAG

Auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag am 4. Dezember 2021, an dem ich online als Delegierte des SPD-Landesverbandes teilnahm, erhielt der Ampel-Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ 98,8 % Zustimmung - auch mit meiner überzeugten Stimme! Mit Dank auch an Olaf Scholz betonte ich in meinem Wortbeitrag die Bedeutung unmittelbar greifender Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien und der Beseitigung von Hemmnissen der Energiewende sowie Stärkung von Speichern. Um die notwendigen Klimalschutzziele zu erreichen, kommt es auf diese jetzt schnell zu ergreifenden Maßnahmen an. Die ehrgeizigsten Ziele können hingegen nicht erreicht werden, wenn schnell greifende Maßnahmen fehlen.



In Bezugnahme auf die Bewaffnung von Drohnen schloss ich mich den Aussagen von Daniela Kolbe an. Wir beide hatten uns - auch als Mitglieder der Projektgruppe Drohnen - für einen Verzicht der Bewaffnung eingesetzt. Nach meiner Überzeugung kommt es friedens- und verteidigungspolitisch sowie zum Schutz unserer SoldatInnen auf die Abwehr von Drohnen und von digitalen Angriffen an. In einem Verzicht auf die Bewaffnung von Drohnen läge zudem eine Antwort auf die destabilisierenden Effekte, die bislang von Einsätzen bewaffneter Drohnen ausgingen. Umso wichtiger werden nun klare, friedenspolitische und menschenrechtswahrende Einsatzleitlinien sein. Dafür brauchen wir eine führende SPD - auch über diese Legislaturperiode hinaus.

Ebenfalls aufgegriffen habe ich die Verankerung des Whistleblowerschutzes im Koalitionsvertrag. Dies ist ein großer Erfolg, um Missstände, wie etwa den Wirecard-Skandal mit Insiderwissen wirksam und frühzeitig bekämpfen zu können, vgl. hierzu auch das von mir initiierte Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion <https://bit.ly/31qwnlp>

Zu meinem Wortbeitrag auf dem Bundesparteitag:
<https://twitter.com/i/status/1467120556663320582>



PROGRAMMAUSTAUSCH DES LANDESPARTEIRATS

Am Sonntag, den 5. Dezember, nahm ich als Parteiratsmitglied am Programmaustausch des Landesparteirats in Bad Oldesloe teil. Der Parteirat tagte unter der 2GPlus-Regel mit reduzierter Teilnehmendenzahl und Abstandsregelungen. Hier wurde das Regierungsprogramm zur Landtagswahl von unserem designierten Spitzenkandidaten Thomas Losse-Müller und unserer Landesvorsitzenden Serpil Midyatli zunächst vorgestellt. Im Rahmen der sich über den gesamten Tag erstreckenden Antragsberatung, an der ich mich zu verschiedenen Themen beteiligte und die mit Effizienz wie Ausdauer und Humor durch den Parteiratsvorsitzenden Olaf Schulze geleitet wurde, behandelten wir alle 113 Seiten des Antragsbuches.

Das Programm wurde mit den zuvor im einzelneren beschlossenen Änderungen letztlich einstimmig verabschiedet und zurück zum Landesvorstand zur Vorbereitung des Landesparteitages geleitet.

Ich freue mich auch über den ebenfalls verabschiedeten Juso-Antrag, mit dem sich der SPD-Landesverband nun für die Einführung einer allgemeinen Impflpflicht ausspricht. In meiner diesbezüglichen Wortmeldung erläuterte ich, dass sich die SPD-Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten fraktionsintern bereits vor einigen

Wochen für die Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht ausgesprochen hatte. Der Antrag wurde somit unter den Delegierten als „Rückenwind“ für diese Maßnahme und den weitergehenden Schritt einer allgemeinen Impfpflicht gewertet.

Anwesend waren auch (den Bundestagswahlkreis 10 betreffend) die LandtagskandidatInnen Thies Grothe, Dorothea Siemers und Anika Pahlke.

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 14 · 22926 Ahrensburg

Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht